Abg. Solf erklärte, die Vorlage stelle die standortindividuellen Möglichkeiten der Gestaltung von Barrierefreiheit vorbildlich dar.

Abg. Frohnhöfer begrüßte es, dass berufskollegbezogene Inklusionspläne anstelle eines übergreifenden Planes erstellt würden. Sie gehe davon aus, dass bei verbesserten Bedingungen für Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf auch die Nachfrage nach Aufnahme auf Berufskollegs steigen werde. An die Verwaltung stellte sie die Frage, ob sich eine steigende Schüleranzahl auf die Klassengrößen auswirken werde.

KVD Clasen antwortete, dass dies im Rahmen von Einzelfallprüfungen zu klären sei. Jedenfalls sei auch der zusätzliche Bedarf an sonderpädagogischer Fachkenntnis zu berücksichtigen. Auf Grund unterschiedlicher Zuständigkeiten seien allerdings sowohl die Schulträger, als auch der Dienstherr des Lehrpersonals, also das Land Nordrhein-Westfalen, verantwortlich.